

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort

## TOP 21 – EU-Kommission zum Umbau der Agrarsubventionen

Dazu sagt der agrarpolitische Sprecher der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

**Detlef Matthiessen:**

### **Landtagsfraktion Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 438.08 / 11.12.2008**

## **EU-Agrarförderung muss grüner werden**

Das Thema Agrarsubventionen ist ein höchst undurchsichtiges. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben kaum eine Chance zu verstehen, was da in Brüssel vor sich geht. Und das hat auch noch System.

Da ist von einer ersten und zweiten Säule die Rede, von „Modulation“ und „Cross-Compliance“. Wer soll da noch durchblicken? Und die Menschen haben durchaus ein Anrecht darauf zu verstehen, was mit ihren Steuergeldern passiert. Aber dies haben die Regierungsfractionen ja schon einmal abgelehnt, als sie unseren Antrag zu mehr Transparenz bei der Vergabe von Subventionen abgebugelt haben.

EU-Agrarsubventionen sind nach unserer Auffassung kein „Bauerngeld“, sondern die Steuer, die allen Menschen wieder zugute kommen sollen. Wir sind also gegen Direktzahlungen der so genannten ersten Säule, wenn sie ohne wirksame soziale und ökologische Qualifizierung verteilt werden.

Durch die derzeitige Verteilung sind die Betriebe im Wettbewerb benachteiligt, die mehr Arbeitsplätze zu Verfügung stellen oder besondere Produktqualitäten erzeugen. Wir sind vielmehr dafür, dass solche Betriebe besonders gefördert werden, die nicht auf Masse, sondern auf Klasse setzen. Wir wollen besonders solche Betriebe fördern, die etwas für mehr Arten- und Rassenvielfalt tun. Die sich um klimafreundliche und umweltfreundliche Produktion bemühen und die etwas für die Entwicklung der ländlichen Räume tun.

Wir wollen also, dass mehr und mehr Geld in die zweite Säule fließt, die die Auszahlung an Bedingungen knüpft. Die EU-Agrarförderung muss grüner werden.

Die EU hat dies erkannt und beginnt immerhin in kleinen Schritten, diesen Weg zu gehen. Dabei hat sie die vier gesellschaftlichen Herausforderungen - Biodiversität, Klima Wasser und regenerative Energie - verbal in den Vordergrund gestellt.

Als echte Reform will ich das nicht bezeichnen; als ein Reförmchen aber immerhin! Die Mittel sollen von heute 5 Prozent auf 10 Prozent im Jahr 2012 und von Direktzahlungen in Richtung Förderung der ländlichen Räume fließen.

Schleswig-Holstein steht nun in der Pflicht, im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes geeignete Programme zu entwickeln, mit denen Klimaschutz, Artenerhalt und Wassermanagement in der Landwirtschaft besser verankert werden können. Die Gelder dürfen auf keinen Fall für einen Ausbau der auflagenlosen Investitionsförderung oder einer Beschleunigung der Industrialisierung der Landwirtschaft eingesetzt werden.

Wie schon im Bundesrat ist Landwirtschaftsministerin Aigner auch in Brüssel mit ihren Vorstellungen zur Milchpolitik weitgehend gescheitert. Die Erhöhung der Milchquote um jährlich ein Prozent bis 2015 konnte sie nicht aufhalten.

Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung war wichtiger Motor dieses Scheiterns. Sie war erfolgreich gegen die Interessen der ländlichen Wirtschaftsentwicklung in unserem Land. Dies wird die Situation der bäuerlichen Milcherzeuger in Europa aber auch weltweit deutlich verschärfen.

Schon jetzt ist weit über dem Bedarf Milch am Markt. Organisiert durch eine gezielt zu hoch angesetzte Liefermenge. Das führt zu ruinösen Erzeugerpreisen und wird zur Existenzbedrohung für viele Betriebe.

Die beschlossene Überprüfung der Marktlage in 2010 und 2012 ist da nur ein kleiner Hoffnungsschimmer und wird hoffentlich zu einer realen Einschätzung der Situation genutzt.

Als Trostpflaster wurde der Bundesregierung ein Milchfonds bewilligt, den die meisten Milchbauern allerdings so gar nicht wollen und der die Verluste aus der Mengenfregabe nicht im Mindesten auffangen kann. Er ist nicht finanziert und zudem darf er mit den Mitteln aus der zusätzlichen Modulation gespeist werden. Das ist mehr als bitter.

Hier werden Gelder, die dringend für die Herausforderungen Biologische Vielfalt, Klimaschutz, Wasserhaushalt und Erneuerbare Energien benötigt werden, für eine verfehlte Milchmengenpolitik geopfert. Milchbauern und Umweltentwicklung werden gegeneinander ausgespielt.

Wir fordern die Landesregierung auf, die von der EU für die zweite Säule zur Verfügung gestellten Mittel anzunehmen und Co zu finanzieren. Die Verwendung der Gelder aus dieser zweiten Säule ist im Kern Ländersache. Wir appellieren daher an Sie, das Geld sinnvoll und verantwortungsbewusst zu investieren. Ein Milchfonds gehört nicht dazu.

\*\*\*

